

18. September 2024

Postulat

der Fraktionen FDP, Grüne, SVP, Die Mitte/EVP

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie durch geeignete Massnahmen sichergestellt werden kann, dass in städtischen und städtisch subventionierten Kulturbetrieben antisemitische oder gewaltverherrlichende Veranstaltungen oder Personen keine Plattform erhalten. Sollten sich dennoch solche Vorfälle ereignen, sind entsprechende Massnahmen zu ergreifen.

Begründung:

Die Stadt Zürich setzt sich gegen rassistische, ethnische, kulturelle und religiöse Diskriminierung ein und engagiert sich für eine gewaltfreie und konstruktive Konfliktaustragung. Dazu gibt es auch verschiedene Beratungs- und Fachstellen. Dass diese Grundsätze auch in den städtischen Kulturinstitutionen Grundlage bei deren Arbeit sowie bei dort stattfindenden Anlässen sein müssen, sollte selbstverständlich sein.

Gemäss dem Kulturleitbild 2024–2027 unterstützt die Stadt Zürich die Rote Fabrik mit einem jährlichen Betriebsbeitrag von mehr als 3 Millionen Franken sowie einer Mietkostenübernahme ebenfalls in Millionenhöhe. Anlässlich der Aktionstage «enough.2024» trat am 7. September 2024 im Clubraum der Roten Fabrik eine Person auf, die in der Vergangenheit den Anschlag der Hamas vom 7. Oktober 2023 verherrlichte und zu rechtfertigen versuchte. Auf dem Gelände der Roten Fabrik wurden zudem T-Shirts mit Aufschriften verkauft wie:

- «THERE IS ONLY ONE SOLUTION INTIFADA REVOLUTION» und
- «From the river to the sea».

Auch die Zentralwäscherei, die mit städtischen Subventionen mitfinanziert wird, hat mehrfach problematische und grenzwertige Veranstaltungen durchgeführt. So trat Mohammed Khatib, ein Vertreter der extremistischen Gruppierung "Samidoun", dort auf. (Khatib erhielt mittlerweile ein zehnjähriges Einreiseverbot durch das Fedpol.).

Zu Recht hat die Stadtpräsidentin wiederholt die Bedeutung des Engagements gegen Antisemitismus betont, etwa in ihrer Persönlich-Kolumne im Tagblatt der Stadt Zürich vom 1. November 2023 mit dem Titel: «Kein Platz für Antisemitismus!». Darin schrieb Stadtpräsidentin Corine Mauch unter anderem: «Antisemitismus und jede Form von Diskriminierung oder Gewalt gegen Minderheiten haben in Zürich absolut keinen Platz. Werden nicht geduldet, nicht toleriert.»

Diesen richtigen und wichtigen Worten schliessen wir uns vollumfänglich an und fordern deshalb mit dem vorliegenden Postulat entsprechende Massnahmen.

ku. Schmitt
S. Wallin

Samuel Dubs
U. Rauer